

Zuversicht allein wird nicht reichen!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Csaszar,
sehr verehrte Damen und Herren der Verwaltung und des Gemeinderates,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,

Krisenhaushaltsrede Nummer 4: Der fortwährende „Ausnahmestand“ seit 2020 mit den Coronajahren, dem andauernden Ukrainekrieg und seit 2023 auch noch dem Kriegszustand in Gaza beeinflusst auch die Kommunen in immer stärkerem Maße.

Weitere Faktoren wie der demographische Wandel, der Mangel an Fach- und Arbeitskräften, die schleppende Digitalisierung, eine stagnierende wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen die kommunalen Haushalte direkt oder auch mittelbar durch eine schlechte steuerliche Einnahmensituation.

Die finanzielle Haushaltslage unserer Flächenstadt haben Bürgermeister Csaszar und Kämmerer Jörg Leonhardt und sein Team für das Haushaltsjahr 2024 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2027 schlüssig aufbereitet. Dafür vielen Dank!

2024 profitieren wir einmal mehr von „satten“ Haushaltsjahren der Vorkrisenzeit. Bei Aufwendungen und Ausgaben in Höhe von rund 67 Millionen bleibt ein Jahresfehlbetrag von rund 4 Millionen. Unser ehemals prall gefüllter Sparstrumpf schrumpft zur dünnen Socke bis zum nächsten Jahr auf ein Maß von prognostizierten 1,5 Millionen Euro und findet sich damit nahe der gesetzlich geforderten Mindestliquidität von 866.000 Euro. Aber seien wir dankbar, dass wir von Erspartem zehren können – eine Kreditaufnahme ist für die nächsten Jahre nicht geplant.

Dankbarkeit und Zuversicht – das sind die Schlüsselworte, die politisch Verantwortliche aller Parteien auf Landes- und Bundesebene gern bemühen. Und ja – uns geht es selbst im europäischen Vergleich doch einigermaßen gut – aber dennoch spüren wir auch auf kommunaler Ebene, dass Überlegungen auch Taten folgen müssen, wenn wirtschaftliches Auskommen, sozialer Frieden und umwelt- bzw. energiebewusstes Handeln gewährleistet werden sollen.

Die Wechselbeziehungen von kommunaler zu landes- oder bundespolitischer Ebene sind dabei Segen und Fluch zugleich. Ohne eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes könnten Projekte wie der Bau der Flüchtlingsunterkunft in der Horkheimer Straße, die Gestaltung der Grünzone „Neipperger Bächle“, die Sanierung von Straßen, die Förderung von Bauprojekten aus den unterschiedlichsten Töpfen nicht realisiert werden. Als steuerschwache Kommune darf Brackenheim in den kommenden Jahren zudem mit höheren Schlüsselzuweisungen des Landes rechnen. Andererseits werden Kommunen durch landes- oder bundespolitische Beschlüsse in die Pflicht genommen, für die eine auskömmliche Gegenfinanzierung fehlt.

Bildung und Betreuung – Bund und Land versprechen mehr als die Kommune zahlen kann

Gibt es etwas Wichtigeres für eine Kommune als ein hervorragendes Bildungs- und Betreuungsangebot für Familien? Aus Sicht der Liste21 kaum. Und trotzdem mussten wir 2023 erleben, dass die Betreuungszeiten in einigen Kindergärten aus Gründen des Fachkräftemangels verkürzt werden mussten, auch wenn die Verwaltung große Anstrengungen unternommen hat, ein familienfreundliches Angebot aufrechtzuerhalten. Zusätzlich zu den durch hohe Tarifabschlüsse weiter gestiegenen Personalkosten in diesem Bereich (8,5 Millionen €) nimmt 2024 die Ausgabenlast für Baumaßnahmen wie z.B. den Neubau der Kindertagesstätte in Hausen, einen neuen Anbau der Henry-Miller-Schule, die weitere Sanierung des Zabergäu-Gymnasiums einen Betrag von 3,3 Millionen Euro in Anspruch. Der Anspruch auf den Ganztagesbetrieb in den Grundschulen ab 2026 rückt heran, die Planungen gemeinsam mit den Schulleitungen müssen nun konkretisiert werden.

Digitalisierung – Schneckentempo statt Lichtgeschwindigkeit!

Die meisten Menschen im höheren Erwachsenenalter können nur staunen, wie die digitale Entwicklung voranschreitet und die „digital natives“ für ihren selbstverständlichen medienaffinen Umgang bewundern.

Die Entwicklung rund um die KI führt uns gerade vor Augen, wie wichtig es ist, dass IT und Medienkompetenz Einzug in unsere Schulen halten, und zwar als ernstzunehmendes verpflichtendes Fach im Fächerkanon der weiterführenden Schulen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt kräftig in die digitale Ausstattung der Schulen investiert, von der Beschaffung von Endgeräten im Jahr 2020/21 zur Ausstattung von Computerräumen im vergangenen Jahr und Computerersatzbeschaffungen in 2024. Von weiteren und ständig neuen Bedarfen in diesem Bereich dürfen wir ausgehen. Aber wir können gleichzeitig zuschauen, wie uns der technische Fortschritt davongaloppiert, wenn das Land nicht für das notwendig umfassend geschulte Lehrpersonal sorgt. Diese „Lücke“ der versäumten Chancen in der Digitalkompetenz beeinflusst nicht nur die Schul- und weitere Ausbildung der Kinder und Jugendlichen – sie geht auch ganz klar an den Bedürfnissen unserer Wirtschaft vorbei

Ärztliche Versorgung und Pflege – Spielball der Politik?

Änderungen in der Gesundheitspolitik haben direkten Einfluss auf unsere ärztliche Versorgung am Standort Brackenheim bzw. im Landkreis. Trotz einer momentan zufriedenstellenden haus- und fachärztlichen Versorgung, trotz der geriatrischen Klinik, trotz der großen Initiative der örtlichen Ärzteschaft im ambulanten ärztlichen Notdienst – der demographische Wandel betrifft auch diese Berufsgruppe und wir müssen weiterhin Anreize setzen, um den Fortbestand von hausärztlichen Praxen in unserer Kommune zu gewährleisten. Wir fühlen uns als Spielball der Politik? Eindeutig ja – aber klagen nützt nichts. Die Kommune muss letztlich Vorsorge leisten und dies nicht nur bei der ärztlichen Versorgung - gerade im Pflegebereich ist ein offensives Netzwerken der Kommune geboten.

Energie- und Umweltbilanz – Nichtstun ist keine Option

Das Thema Energieeinsparung und Umweltschutz ist auch in unserer Kommune ein Dauerbrenner. Die vermehrte Eigennutzung städtischer Dächer zur Stromerzeugung ist ein richtiger Ansatz. Windkraftanlagen auf dem Heuchelberg oder Photovoltaik auf Freiflächen: Damit sind auch im Haushaltsjahr 2024 keine großen Ausgaben verbunden – wohl aber richtungsweisende Entscheidungen, die die Stadt und mithin der Stadtrat zu fällen hat. Dass unsere Energie zukünftig regenerativ erzeugt werden muss, steht außer Frage. In Baden-Württemberg wird kraft Gesetz 2 % der Fläche für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen sein – auch im Zabergäu. Die Angebote von

Landwirten und Weingärtnern, Äcker und nicht ertragsreiche Weinberge für eine Nutzung von Freiflächen-Photovoltaik bereitzustellen, mehren sich. Der wirtschaftliche Nutzen für die Eigentümer ist sicher gegeben. Gleichzeitig müssen wir ein Landschaftsbild erhalten, das den Anforderungen der Natur, der Naherholung und des Tourismus gerecht wird. „Tun, was getan werden muss!“, ist eine bundespolitische Plattitüde zur Umwelt- und Energiepolitik – die dem Stadtrat auch 2024 die intensive Diskussion über eine verantwortungsvolle Maßnahmenplanung nicht erspart.

Wohnbau in Brackenheim – noch keine zufriedenstellende Lösung in Sicht

Schulzentrum III in Brackenheim und kleinere Baugebiete in Neipperg, Haberschlacht und Dürrenzimmern sollen die Bedarfe junger Familien vor Ort decken. Für deren Entwicklung ist für die Jahre 2025 – 2027 ein Aufwand von 9,3 Millionen Euro vorgesehen. Gleichzeitig steckt die Baubranche in einer wirtschaftlichen Krise – der Boom der letzten Jahre mit zahlreichen Mehrfamilienhäusern scheint merklich abgeflacht – hohe Baukosten und – zinsen deuten zudem an, dass der Verkauf erschlossener Bauplätze kein Selbstläufer werden wird. Viele Gründe für den Stadtrat, sich mit der Wohnbaustrategie weiterhin intensiv zu befassen und dabei die Überprüfung und nachbarschaftsverträgliche Neugestaltung veralteter Bebauungspläne voranzutreiben.

Bezahlbarer Wohnraum heißt ohnehin nur bedingt „Neubau“. Kreative Lösungen im Bestand etwa durch Aufstockungen oder Erweiterungen von Gebäuden könnten eine Alternative sein. Zum Erwerb älterer Gebäude, die der Vermietung dienen können, hat die Verwaltung 1,3 Millionen Euro im Haushalt eingeplant.

Deutsche Weinwelt – und sie bewegt sich doch!

„Gut Ding‘ will Weile haben“, der Investor Wolfgang Scheidtweiler punktet mit ambitionierten Ideen und konnte die kreativen Köpfe der renommierten Cité du vin in Bordeaux für die Umgestaltung und Neuorientierung des Brackheimer Schlosses gewinnen. Die Umbenennung der „WeinZeit“ in „Deutsche Weinwelt“ scheint dem regionenübergreifenden Anspruch des Investors geschuldet. Ergänzende Baumaßnahmen kosten die Stadt nochmals 500.000 Euro. Der gegenüberliegende Neubau in der Obertorstraße, der die Touristinfo beherbergen wird, ebenso wie die barrierefreie Erschließung des Theodor-Heus-Museums und die Gestaltung des Vorplatzes werden 2024 2,5 Millionen Euro beanspruchen. Die Erwartungen an diesen touristischen Ankerpunkt in Brackenheim sind groß. Keine Frage, dass sich auch der restliche Innenstadtbereich in diese Richtung bewegen muss – 50.000 Euro für Begrünungen und Sitzbänke sind hier nur ein Anfang.

Auch sollte das weitere Angebot der Gastronomie und des Einzelhandels in der historischen Altstadt zu diesem Leuchtturm passen – wir sollten Anreize für private Akteure setzen, die diese Chance entdecken und mit ihren Ideen Synergien schaffen!

Angeschlossen statt abgehängt – notwendige Investitionen in Mobilität

Vor Jahren noch undenkbar – heute in vorstellbarer Nähe – für die Reaktivierung der Zabergäubahn/die Kostenbeteiligung an der standardisierten Bewertung sind 1,6 Millionen Euro festgeschrieben. Für die Kreisverkehre – etwa an der Maulbronner Straße, evtl. auch in Meimsheim wie auch an der Zweifelbergstraße sind 2,2 Millionen Euro im Haushalt eingeplant. Für den barrierefreien Umbau der Bushaltestellen sind 1.13 Millionen Euro veranschlagt.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität zusammen mit einem externen Partner befindet sich in Prüfung. Ebenso wird die Schaffung weiterer dezentraler Parkmöglichkeiten zu bewerten sein, z.B. im Rahmen der Aufwertung unserer Altstadt durch eine weitere Verkehrsberuhigung.

Haushaltsführung in Brackenheim - Sparen und Umdenken!

Krisen sind nichts Neues – und man muss sich sehr in Acht nehmen, nicht auf hohem Niveau zu jammern – dennoch verpflichtet eine Haushaltslage, in der mehr ausgegeben als eingenommen wird, eine veränderte Ausgabenkultur. Es ist die Forderung an jeden Einzelnen zu hinterfragen, wie notwendig die Ausgabe tatsächlich ist, ob sie überhaupt oder in diesem Ausmaß stattfinden muss und letztlich auch, ob sie von der städtischen Gemeinschaft zu zahlen ist. Der Ansatz der Verwaltung, städtische Liegenschaften gemeinsamer Nutzung durch verschiedene Gruppen zuzuführen, ist da absolut nachvollziehbar. Selbstverständlich auch, dass jede Ausgabe außerhalb der städtischen Pflichtaufgaben auf den Prüfstand gestellt wird. Der Verkauf von Bauplätzen ist offenbar einziges probates Mittel, die Einkommenssituation zu verbessern. Ob dies ausreicht oder zusätzliche Mittel durch Steuererhöhungen generiert werden müssen, bleibt abzuwarten. Fragt sich, was jeder einzelne von uns tun kann, um unser aller Situation zu verbessern?

Zuversicht allein wird nicht reichen - Brackenheim braucht gute Ideen – gestalten wir sie gemeinsam!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ihre Liste21: Ute Frank | Peter Luboeinski | Martina Reese | Katica Schilling